

## Bericht

zu dem Beschluss des Landtags vom 22. April 1999 zu Drucksache 13/4100  
(Plenarprotokoll 13/83)

### Arbeit und Arbeitsergebnisse des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum Juli 2016 bis Juli 2017

Bericht des rheinland-pfälzischen Mitglieds des Ausschusses der Regionen  
der Europäischen Union (AdR),  
Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa,  
für Medien und Digitales, Staatssekretärin Heike Raab

#### Rechenschaftsbericht der Landesregierung an den Landtag über den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR) Berichtszeitraum Juli 2016 bis Juli 2017

#### Gliederung

1. Personelle Veränderungen im Land
2. Politische Prioritäten im Berichtszeitraum
  - a) Brexit, Debatte Zukunft der EU
  - b) 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge
  - c) Weißbuch über die Zukunft EU
  - d) Jugendpolitik und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
  - e) Halbzeitüberprüfung des Finanzpakets 2014 bis 2020
  - f) Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020
3. Die verabschiedeten Stellungnahmen und Resolutionen im Berichtszeitraum

---

Der Bericht wurde dem Präsidenten des Landtags durch die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union mit Schreiben vom 16. Januar 2019 übersandt.

## 1. Personelle Veränderungen

Im Berichtszeitraum fand ein personeller Wechsel hinsichtlich der rheinland-pfälzischen Mandate im Ausschuss der Regionen der EU statt.

Nach einem langwierigen innerdeutschen Benennungsprozess neuer AdR-Mitglieder wurde die Landtagsabgeordnete Heike Scharfenberger im Juli 2017 als stellvertretendes AdR-Mitglied ernannt. Sie folgt Nils Wiechmann, der am 18. Mai 2016 aus dem Landtag und damit aus dem Ausschuss der Regionen (AdR) ausgeschieden ist.

Staatssekretärin Raab ist Mitglied in den Fachkommissionen SEDEC (Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Digitales, Forschung und Kultur) und ENVE (Umwelt, Klimawandel und Energie).

## 2. Politische Prioritäten im Berichtszeitraum

Die Arbeit des Ausschusses der Regionen (AdR) im Zeitraum von Januar 2016 bis Mai 2017 war von Routine geprägt. Wahlen standen nicht an. Präsident des AdR war der finnische Christdemokrat Markku Markkula, dessen Amtszeit im Oktober 2017 endete und dem, entsprechend einer Absprache der beiden großen Fraktionen Europäische Volkspartei und Sozialisten/Sozialdemokraten, der Erste Vizepräsident Karl-Heinz Lambertz, Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, im Amt nachgefolgt ist.

Die 350 Mitglieder gaben in den acht Plenartagungen dieses Zeitraums 84 Stellungnahmen ab und verabschiedeten 15 Resolutionen zu aktuellen politischen Fragen. Dabei wurde nahezu die gesamte Bandbreite der EU-Aktivitäten in Stellungnahmen zu Vorlagen der Kommission behandelt. Zudem wurden in Resolutionen und Initiativstimmungen eigene Akzente gesetzt. Mitglieder der Kommission und des Europäischen Parlaments suchten regelmäßig den Kontakt zum AdR. Darüber hinaus stellten Vertreter der Slowakei und Malta das jeweilige Programm ihrer Ratspräsidentschaften vor.

Antonio Tajani suchte im Mai 2017 frühzeitig nach seiner Wahl den Kontakt zu den AdR-Mitgliedern. Weiterhin informierte sich der erste Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans im Dezember 2016 im Plenum über die lokale und regionale Perspektive des REFIT-Programms und der deutsche Haushaltskommissar Günther Oettinger stellte im Mai 2017 den Rahmen des EU-Haushalts für 2018 vor. Breiten Raum in den Arbeiten des AdR nahm im Zusammenhang mit dem Brexit-Votum auch das Thema Zukunft Europas ein. Der Beauftragte der Kommission für die Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, Michel Barnier, diskutierte während der März-Plenarsitzung 2017 über die möglichen Auswirkungen des Brexit. In derselben Plenartagung erläuterten auch die Berichterstatter des Europäischen Parlaments zur Zukunft der EU, Guy Verhofstadt und Elmar Brok sowie Jo Leinen, die Ziele ihrer Institution. Dieser Meinungsaustausch mit dem AdR soll weiter intensiviert und fortgesetzt werden.

Vom 10. bis 12. Oktober 2016 fand die „Europäische Woche der Regionen und Städte“ statt, die früher unter der Bezeichnung „Open Days“ firmiert hatte. Diese vom AdR, der Generaldirektion Regio der Kommission, dem REGI-Ausschuss des Europäischen Parlaments und den europäischen Regionen und Städten sowie ihrer Vertretungen in Brüssel 2016/2017 organisierte Themenwoche umfasste 130 Workshops und Podiumsdiskussionen mit dem Themenschwerpunkt „Nachhaltiges und umfassendes Wachstum“.

Im AdR verfügen die proeuropäischen Fraktionen EVP, SPE und ALDE über eine deutliche Mehrheit. Auffallend ist die vergleichsweise große Anzahl der unbesetzten Plätze im AdR bzw. der fraktionslosen Mitglieder. Ersteres dürfte vor allem auf die hohe Fluktuation in der Mitgliedschaft nach regionalen und kommunalen Wahlen zurückzuführen sein, denn die Benennung für das AdR-Mandat erfolgt zwar für fünf Jahre, das Amt selbst ist jedoch entsprechend Art. 300 (3) AEUV an das regionale oder kommunale Wahlmandat gekoppelt und muss entsprechend nach Verlust des politischen Mandats abgegeben werden. Das Verfahren der Benennung des jeweils neuen Mitglieds ist vergleichsweise kompliziert und zeitaufwendig, da die Benennungen über die Ständigen Vertretungen an das Ratssekretariat weitergeleitet werden müssen. Der Rat entscheidet dann formell in einer seiner nächsten Sitzungen. In Deutschland erfolgt die Benennung zudem als weitere Station zu Beginn des Prozesses über die Ministerpräsidentenkonferenz.

Im Hinblick auf die Wirkungskraft der AdR-Beschlüsse bei den EU-Institutionen dürften vor allem die unter regionalen und lokalen Gesichtspunkten konsensual abgestimmten Positionen von Bedeutung sein, während Positionsfestlegungen zu eher allgemeinpolitischen Materien, die mit knappen Mehrheiten unter parteipolitischen Gesichtspunkten zustande kommen, zwar für die innere Meinungsbildung im AdR relevant, jedoch im weiteren Entscheidungsprozess von geringerer Bedeutung sein dürften.

**Aufarbeitung der Krisen, Brexit und die Debatte um die Zukunft der EU**

Die Themen Bewältigung der europäischen Krisen und Weiterentwicklung der EU nahmen in den Arbeiten des AdR einen breiten Raum ein. Zudem wurden zu diesen Themenbereichen umfangreiche Aktivitäten in Brüssel und auch dezentral in den Regionen und Kommunen organisiert. Bereits 2016 hatte der AdR eine Veranstaltungsreihe „Nachdenken über Europa – Wir sorgen dafür, dass Sie gehört werden“ gestartet. Damit hatte er auf ein Ersuchen von EU-Ratspräsident Tusk um Übermittlung von Empfehlungen zur Wiederherstellung des Vertrauens in Europa durch die Einbindung der Städte und Regionen reagiert. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte in Veranstaltungen vor Ort Raum geboten werden, ihre Anliegen, Gedanken und Ideen zur Zukunft Europas zum Ausdruck zu bringen. Im Jahr 2016 fanden hierzu 27 lokale Veranstaltungen statt, die vom AdR, seinen Mitgliedern und lokalen und regionalen Partnern in 13 EU Mitgliedstaaten organisiert wurden und an denen sich über 3 200 Bürger beteiligten. Diese Initiative wurde nun während des Jahres 2017 mit circa 100 lokalen Veranstaltungen in allen Mitgliedstaaten ausgebaut.

**Brexit und seine Auswirkungen auf Regionen und Kommunen**

Der knappe Ausgang des britischen Referendums über den Austritt aus der EU berührte und berührt sowohl organisatorisch als auch materiell die Arbeiten des AdR. 24 der 350 Mitglieder stammen aus dem Vereinigten Königreich, über die künftige Verwendung dieser Sitze – Verteilung auf die anderen EU-Staaten oder Nichtbesetzung – wird zu entscheiden sein. Ungeklärt ist neben anderem auch der künftige Status der rund 1,2 Millionen britischen Bürgerinnen und Bürger, die in den Städten und Gemeinden der verbleibenden 27 EU-Staaten leben, und umgekehrt das Schicksal der 3,2 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien.

Im Rahmen eines Meinungsaustauschs in der Mai-Plenartagung 2017 mit Michel Barnier, dem EU-Chefunterhändler für den Brexit, wiesen die AdR-Mitglieder eindringlich auf die möglichen Probleme der in den Regionen und Gemeinden der EU lebenden britischen Bürgerinnen und Bürger nach dem Austritt hin. Die Lösung dieser Probleme müsse auf der Verhandlungsagenda weit oben stehen. Barnier erwiderte, Ziel der EU sei es, die negativen Effekte des britischen Austritts für die Menschen möglichst gering zu halten, doch müsse das Vereinigte Königreich die Regeln der EU achten und Verantwortung für die eingegangenen Verpflichtungen übernehmen. Die Verhandlungen sollten fair und transparent geführt werden. In der Entschließung hierzu fordert der AdR die verbleibenden Mitgliedstaaten und die Institutionen der EU auf, den Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der Union als Chance zu nutzen, eine gerechtere, bessere und umfassendere EU aufzubauen, die auf der Förderung der Multi-Level-Governance auf der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene beruht. Auch künftig sollten die britischen Universitäten eine aktive Rolle in den Programmen im Bildungsbereich spielen.

**60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge**

Gelegenheit zur Befassung mit der Weiterentwicklung der EU bot auch der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Der AdR betonte in der Februarsitzung 2017 in einer Entschließung hierzu, die EU müsse in der Lage sein, „das Vertrauen seiner Bürger zu stärken, den Schwierigkeiten, die auf Europa und die Welt zukommen, besser zu begegnen, und Entscheidungen über gemeinsame Maßnahmen im Geiste der Solidarität und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu treffen.“ Der Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge müsse genutzt werden, um eine stärkere Mitwirkung der Bürger an der Gestaltung der Zukunft der Union und eine möglichst bürgernahe Entscheidungsfindung zu fördern. Konkret verpflichten sich die AdR-Mitglieder, „einen umfassenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in der ganzen EU einzuleiten, um ihre Meinungen, Vorschläge und Sorgen direkt an der Basis einzuholen. Dieser Prozess wird mit einer politischen Konsultation europäischer und nationaler Verbände lokaler und regionaler Gebietskörperschaften aus allen Mitgliedstaaten einhergehen, um innovative und pragmatische Lösungen für die anstehenden Herausforderungen zu finden.“

**Weißbuch über die Zukunft der EU**

Ausführlich befasste sich der AdR auch mit dem von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 1. März 2017 vorgelegten Weißbuch über die Zukunft der EU. Juncker hatte die Vertretung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften dazu aufgefordert, hierzu ihre Standpunkte in die Diskussion einzubringen. Am 12. Mai verabschiedete der AdR die „Entschließung zum Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas: die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien“.

Betont wurde die Beachtung der Subsidiarität in allen Politikbereichen, eine uneingeschränkte Rechenschaftspflicht sowie eine umfassende, angemessen finanzierte und glaubwürdige Strategie für den Zusammenhalt. Die EU sollte „politische Lösungen, die von gemeinsamer Solidarität“ getragen sind – dem Grundprinzip eines geeinten Europa – entwickeln.

**Weitere Schwerpunkte der Arbeit**

Aus der Fülle der in den 84 Stellungnahmen und 15 Resolutionen behandelten Themen seien nachfolgend besonders bedeutsame Akzente hervorgehoben.

### Jugendpolitik und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

In zwei Plenartagungen befasste sich der AdR ausführlich mit jugendpolitischen Fragen. In der im Februar 2016 beschlossenen Stellungnahme „Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)“ wurde betont, dass auf neue Herausforderungen, wie die Integration junger Flüchtlinge oder die Verbreitung extremistischer Ansichten unter den Jugendlichen, nach Möglichkeit schnell reagiert werden müsse. Mit Besorgnis wurde zur Kenntnis genommen, dass die direkte politische Aktivität insbesondere in Form der Wahlbeteiligung bei Jugendlichen sinke und im Vergleich zu derjenigen der älteren Generationen niedriger ausfalle. Die EU leiste bereits jetzt vieles im Bereich der Jugendpolitik. Erasmus+ und die Jugendgarantie seien positive Beispiele und unabdingbare Instrumente für die Erreichung der jugendpolitischen Ziele. Positiv wurde vermerkt, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten neue Formen der Teilhabe an demokratischen Prozessen sowie den Zugang zur politischen Entscheidungsfindung im Rahmen der EU-Jugendstrategie nutzen wollten. Nach Auffassung des AdR schadet die Migration junger Menschen aus weniger wohlhabenden europäischen Regionen bzw. aus den am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffenen Regionen dem territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in der EU und führt zu ernsthaften demografischen Problemen. Durch interregionale Partnerschaften und durch direkte lokale und regionale Maßnahmen und finanziert durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds müsse der Abwanderung von jungen Menschen entgegenwirkt werden.

### Halbzeitüberprüfung des Finanzpakets 2014 bis 2020

Während der 118. Plenartagung vom Juni 2016 legte der AdR seinen Vorschlag zur Halbzeitüberprüfung des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens vor. Er verwies darauf, dass die Regionen und Gemeinden – direkt und/oder indirekt – an der Verwaltung und Verwendung von 75 Prozent der Mittel des EU-Haushalts beteiligt seien und setzte sich für eine Finanzausstattung ein, die bis 2020 die Finanzierung wachstumsfördernder Strukturmaßnahmen und neuer Instrumente wie der Jugendgarantie, des Europäischen Fonds für strategische Investitionen und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen gewährleistet. Die Regionalpolitik – mit einer Mittelausstattung von über 350 Milliarden Euro bis 2020 – ziele eindeutig auf die Förderung langfristiger Maßnahmen ab und biete nicht die richtigen Instrumente zur Krisenbewältigung.

In Bezug auf Europas Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“ und die Fazilität „Connecting Europe“ zur Finanzierung strategischer Infrastrukturen vorrangig in den östlichen EU-Mitgliedsstaaten bestehe eine enorme Diskrepanz zwischen Zielen und Mitteln für den Zeitraum 2014 bis 2020.

### Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020

Die derzeitige mittelfristige Finanzplanung läuft 2020 aus. Vor allem wegen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs zeichnet sich angesichts der allgemeinen Sparzwänge ab, dass eine Einigung auf ein Nachfolgefinanzpaket nur mit Mühen zustande kommen wird. Dem AdR war daran gelegen, seine Positionen hierzu frühzeitig deutlich zu machen. Während der Plenartagung am 18./19. Mai 2017 beschloss der AdR die Initiativstellungnahme „Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020: Für eine starke und wirkungsvolle europäische Kohäsionspolitik nach 2020.“ Die Kohäsionspolitik stelle eine Säule der europäischen Integration dar, und die Zukunft der Kohäsionspolitik sei untrennbar mit der Zukunft der EU verbunden. Kohäsionspolitik müsse auch weiterhin in allen Regionen Europas erfahrbar sein, wobei besonderes Augenmerk auf die schwächer entwickelten Regionen zu richten sei. Positiv wird die stabilisierende und antizyklische Wirkung der Kohäsionspolitik auf die nationalen Volkswirtschaften hervorgehoben. Deshalb müsse die Kohäsionspolitik im Rahmen der wirtschaftspolitischen Steuerung im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung der territorialen Dimension der nationalen Reformprogramme verstärkt einbezogen werden.

### Auswirkungen der AdR-Aktivitäten

Die immer wieder gestellte Frage nach den Auswirkungen der Aktivitäten des AdR ist durchaus differenziert zu sehen. Es gelang dem AdR, wichtige Anliegen in einer Reihe von Fällen erfolgreich durchzusetzen: Auf Drängen des AdR wurden die Mittel für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit bei der Festlegung des Finanzrahmens 2014 bis 2020 entgegen dem allgemeinen Spartrend deutlich ausgeweitet. Zudem wurde – unterstützt vom AdR – bei der Regionalförderung eine neue Zwischenkategorie eingeführt.

Bei der Bewertung der Rolle des AdR ist nicht nur dessen Einfluss im EU-Entscheidungssystem zu berücksichtigen, sondern auch der von ihm und seinen Mitgliedern ausgehende Informationstransfer von der EU in die Regionen und Kommunen.

Die interregionale Gruppe „Saar-Lor-Lux“ im AdR tagt in regelmäßigen Abständen. Rheinland-Pfalz teilt sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Gebietskörperschaften in der Großregion turnusgemäß den Vorsitz. Unter rheinland-pfälzischem Vorsitz ist eingeführt worden, dass die Mitglieder der interregionalen Gruppe regelmäßig über die Beschlüsse des Interregionalen Parlamentariats (IPR) informiert werden.

## 3. Ergebnisse der Plenartagungen

## 118. Plenartagung

Titel der Stellungnahme	Berichterstatterin/ Berichterstatter	Dossiernummer	Ergebnis
Stahlindustrie-Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigen Wachstum in Europa	Isolde Ries (DE/SPE)	ECON-VI-015	einstimmig
Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens	Luc Van den Brande (BE/EVP)	COTER-VI-014	mehrheitlich
Entschließung zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2017		RESOL-VI-011	mehrheitlich
Lebensmittelverschwendung	Ossi Martikainen (FI/ALDE)	NAT-VI-008	mehrheitlich
Legislativvorschläge zur Änderung der Abfallrichtlinien	Domenico Gambacorta (IT/EVP)	ENVE-VI-010	mehrheitlich
Entschließung zum Beitrag des AdR zum Arbeitsprogramm der Kommission 2017		RESOL-VI-10	mehrheitlich
EU-Erweiterungsstrategie 2015 bis 2016	Anna Magyar (HU/EVP)	CIVEX-VI-008	mehrheitlich
Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus: lokale und regionale Präventionsmaßnahmen	Bartolomeus Somers (BE/ALDE)	CIVEX-VI-010	mehrheitlich
Reaktion der EU auf die demografischen Herausforderungen	Juan Vicente Herrera Campo (ES/EVP)	SEDEC-VI-008	einstimmig
Entschließung zur Situation der Europe-Direct-Informationszentren (EDIC)		RESOL-VI-013	einstimmig

## 119. Plenartagung

Titel der Stellungnahme	Berichterstatlerin/ Berichterstatter	Dossiernummer	Ergebnis
Vereinfachung der ESI-Fonds, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft	Petr Oswald (CZ/SPE)	COTER-VI-012	mehrheitlich
EU-Aktionsplan für elektronische Behördendienste 2016- 2020- Beschleunigung der digitalen Transformation von Behörden	Martin Andreasson (SE/EVP)	SEDEC-VI-013	einstimmig
Digitalisierung der europäischen Industrie – Die Chancen des digitalen Binnenmarkts in vollem Umfang nutzen	Kieran McCarthy (IE/EA)	SEDEC-VI-014	einstimmig
Einleitung einer Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte	Heinz-Joachim Höfer (DE/SPE)	SEDEC-VI-010	mehrheitlich
Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik	Anne Quart (DE/SPE)	CIVEX-VI-011	mehrheitlich
Schaffung eines europäischen Einlagensicherungsystems	Hans-Jörg Duppre (DE/EVP)	ECON-VI-012	mehrheitlich
Aktionsplan im Bereich der Mehrwertsteuer – Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum: Zeit für Reformen	Dainis Turlais (LV/ALDE)	ECON-VI-017	mehrheitlich
Umsetzung des Weltklimaübereinkommens von Paris – ein territorialer Ansatz für die COP 22 in Marrakesch	Francesco Pigliaru (IT/SPE)	ENVE-VI-013	einstimmig
Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft	Babette Winter (DE/SPE)	ENVE-VI-011	mehrheitlich
Eine EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung	Daiva Matonienė (LT/EKR)	ENVE-VI-012	mehrheitlich
Eine Luftverkehrsstrategie für Europa	Ulrika Carlefall Landergren (SE/EVP)	COTER-VI-011	einstimmig
Ein EU-Aktionsplan für den Radverkehr	Kevin Peel (UK/SPE)	COTER-VI-013	einstimmig
Entschließung zum Europäischen Semester 2016 und mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2017			mehrheitlich
Entschließung über ein Europäisches Jahr des Kulturerbes 2018			mehrheitlich
Entschließung zur Halbzeitbewertung des Mehrjährigen Finanzrahmens			mehrheitlich

## 120. Plenartagung

– nicht vorhanden –

## 121. Plenartagung

Titel der Stellungnahme	Berichterstatlerin/ Berichterstatter	Dossiernummer	Ergebnis
Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems – Zweites Reformpaket und Neuansiedlungsrahmen der Union	Enzo Bianco (IT/SPE)	CIVEX-VI/017	mehrheitlich, bei 17 Gegenstimmen
Partnerschaftsrahmen für die Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Migration	Peter Bossmann (SI/SPE)	CIVEX-VI/016	einstimmig
Vorschlag für einen neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“	Jesús Gamallo Aller (ES/EPP)	CIVEX-VI/019	einstimmig
Die Investitionslücke schließen: Wie können die Herausforderungen bewältigt werden	Markku Markkula (FI/EVP)	ECON-VI/014	einstimmig
Fiskalkapazität und automatische Stabilisatoren in der Wirtschafts- und Währungsunion	Carl Fredrik Graf (SE/EVP)	ECON-VI/018	einstimmig
Fehlende Verkehrsverbindungen in den Grenzregionen	Michiel Scheffer (NL/ALDE)	COTER-VI/016	einstimmig
Revitalisierung von Hafenstädten und -gebieten	Stanislaw Szwabski (PL/EA)	COTER-VI/018	mehrheitlich, zwei Enthaltungen
Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt	Mauro D’Attis (IT/EVP)	SEDEC-VI/019	einstimmig
Überprüfung des Telekommunikations-Pakets	Mart Vorklaev (EE/ALDE)	SEDEC-VI/018	einstimmig
Künftige Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen	Apostolos Tzitzikostas (EL/EVP)	SEDEC- VI/17	einstimmig
Eine Politik der Union für die Arktis	Paulina Haijanen (FI/EVP)	COTER-VI/017	einstimmig
Effiziente Bewirtschaftung der Wasserressourcen: ein Konzept für innovative Lösungen	Cees Loggen (ALDE/NL)	ENVE-VI/014	einstimmig
Auf dem Weg zu einer neuen EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel: ein integrierter Ansatz	Sirpa Hertell (FI/EVP)	ENVE-VI/015	mehrheitlich, drei Gegenstimmen
Halbzeitbewertung des LIFE Programms	Witold Stepień (PL/EVP)	ENVE-VI/016	einstimmig
Notwendigkeit und Ansätze einer EU Strategie für alkoholbezogene Fragen	Ewa-May Karlsson (SE/ALDE)	NAT-VI/010	mehrheitlich, eine Gegenstimme
Unterstützung europäischer Junglandwirte	Arnold Hatch (UK/EKR)	NAT-VI/012	einstimmig

## 122. Plenartagung

Titel der Stellungnahme	Berichterstatlerin/ Berichterstatler	Dossiernummer	Ergebnis
Auf dem Weg zu einer nachhaltigen EU-Lebensmittelpolitik	Arno Kompatscher (ITL/EVP), Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und Mitglied des Regionalrats	COR-2016-03170-00-02-PAC-TRA – NAT-VI/014	angenommen
Stellungnahme Integration, Zusammenarbeit und Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme	Birgitta Sacrédeus (SE/EVP), Mitglied der Regionalversammlung, Provinziallandtag von Dalarna	COR-2016-05493-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/017	mit einer Gegenstimme angenommen
Stellungnahme Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3): Auswirkungen auf die Regionen und interregionale Zusammenarbeit	Mikel Irujo Amézaga (ES/EA), Leiter der Vertretung Navarras in Brüssel	COR-2016-06963-00-00-PAC-TRA – SE-DEC-VI/021	einstimmig angenommen
Entwurf einer Entschließung zu den Prioritäten des AdR für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2018	Fraktionen EVP, SPE, ALDE und EA	COR-2016-01091-00-02-PRES-TRA – RESOL-VI/021	angenommen
Entwurf des Voranschlages der Einnahmen und Ausgaben des AdR 2018		COR-2017-00772-07-00-NB-TRA	angenommen mit sehr vielen Enthaltungen
Aktionsplan für den Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge	Adam Banaszak (POL/ECR), Stellvertretender Vorsitzender der Regionalversammlung der Woiwodschaft Kujawsko-Pomorskie (Kujawien-Pommern)	COR-2016-05035-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/015	einstimmig angenommen
Stellungnahme zu den Legislativvorschlägen zu einer neuen Lastenteilungsentscheidung und zu Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF)	Juri Gotmans (EE/SPE), Bürgermeister von Haanja	COR-2016-05780-00-00-PAC-TRA – ENVE-VI/017	mit Gegenstimmen angenommen
Entwurf einer Entschließung: Die Rechtsstaatlichkeit in der EU aus lokaler und regionaler Perspektive	Fraktionen EVP, SPE, ALDE und EA	COR-2017-00961-00-00-PRES-TRA – RESOL-VI/020	mit Gegenstimmen angenommen
Entschließung zu den Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften	Fraktionen EVP, SPE, ALDE, EA und EKR	COR-2017-01049-00-00-PRES-TRA – RE-SOL-VI/022	angenommen



## 123. Plenartagung

Titel der Stellungnahme	Berichterstatterin/ Berichterstatter	Dossiernummer	Ergebnis
Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020	Michael Schneider (DE/EVP)	COR-2016-01814-00-01-PAC-TRA – COTER-VI/015	angenommen, mit Gegenstimmen
Investieren in Europas Jugend	Pawel Grzybowski (PL/EKR)	COR-2017-00851-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/023	angenommen
Bessere Steuerung des Europäischen Semesters: ein Verhaltenskodex für die Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften	Rob Jonkman (NL/EKR)	COR-2016-05386-00-00-PAC-TRA – ECON-VI/019	einstimmig
Soziale Innovation als neues Instrument für die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung	Marcelle Hendrickx (NL/ALDE)	COR-2016-06945-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/020	einstimmig
Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union	Michiel Rijsberman (NL/ALDE)	COR-2016-05838-00-01-PAC-TRA – COTER-VI/020	angenommen
Die lokale und regionale Dimension der Bioökonomie und die Rolle der Städte und Regionen	Katrin Budde (DE/SPE)	COR-2017-00044-00-00-PAC-TRA – SEDEC-VI/022	angenommen
Gesundheit in Städten: ein gemeinsames Gut	Roberto Pella (IT/EVP)	COR-2016-06620-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/016	einstimmig angenommen
EU-Erweiterungsstrategie	Rait Pihelgas (EE/ALDE)	COR-2017-00093-00-00-PAC-TRA – CIVEX-VI/018	einstimmig angenommen
Unternehmertum auf Inseln: ein Beitrag zum territorialen Zusammenhalt	Marie-Antoinette Maupertuis (FR/EA)	COR-2017-00019-00-01-PAC-TRA – COTER-VI/022	einstimmig angenommen
Eine neue Etappe in der europäischen Politik für blaues Wachstum	Christophe Clergeau (FR/SPE)	COR-2016-06622-00-00-PAC-TRA – NAT-VI/019	angenommen
Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas		COR-2017-01791-00-00-PRES-TRA – RESOL-VI/024	angenommen
Entschließung zum Entwurf des EU-Haushaltsplans 2018		COR-2017-01521-00-00-PRES-TRA – RESOL-VI/023	angenommen

